

Die FARC hat vorgeschlagen, bestimmte Gebiete zu „speziellen Territorien“ (Terrepaz) zu erklären, in denen besondere Friedens- und Entwicklungsprogramme durchgeführt werden sollten.

Das Magazin SEMANA analysiert am 5.12.2015 diesen Vorschlag und die Reaktionen darauf:

Was bezweckt die FARC mit den Terrepaz-Gebieten?

Die von der FARC vorgeschlagenen Friedensgebiete bedürfen einer eingehenden Diskussion, denn darin liegen der springende Punkt der Nachkonfliktzeit und die politische Zukunft.

Das Phantom des Caguán (unter Präsident Pastrana der FARC zeitweilig zugestandene Entmilitarisierte Zone=A.d.Ü.) und der „unabhängigen Republiken“ in der Art von Marquetalia (von der FARC zeitweise ausgerufenen „befreite“ Territorien, ähnlich Donezk in der Ukraine=A.d.Ü.) machte diese Woche wieder die Runde am Verhandlungstisch in Havanna. Die FARC präsentierte ihren Vorschlag zu „Speziellen Territorien“ zur Friedensschaffung „Terrepaz“, und auf die Reaktionen von Gegnern brauchte man nicht lange zu warten.

Generalanwalt Alejandro Ordoñez sagte, „das heißt die Institutionalisierung der FARC in den Zonen ihrer Präsenz, also ihr Staatsfunktionen zuzuerkennen“. Das Demokratische Zentrum (rechte Partei=A.d.Ü.) erklärte, die Aufständischen forderten mehrere „Caguáns“, und der Analyst Gustavo Duncan warnte, dies stelle die dickste rote Linie in den Verhandlungen dar, weil „die FARC Gebiete fordert, in denen sie ihre eigene Institutionalität ausüben könnte, parallel zu der des Staates“. Auch bei der Regierung kam der Vorschlag nicht gut an. „Wir befinden uns weder in einem Prozess der Teilung des Landes, noch übergeben wir Gebiete in die Unregierbarkeit.“, sagte General Jorge Enrique Mora im Namen der Regierungsdelegation in Kuba.

Einige dieser Reaktionen waren übertrieben und vorschnell. Man muss bedenken, dass dies erst einmal nur ein Vorschlag der FARC ist und keine Entscheidung am Verhandlungstisch in Havanna. Daher ist es Unsinn zu behaupten, die Regierung übergebe das Land stückchenweise. Was das Dokument der Guerrilla jedoch zeigt, ist, dass Terrepaz den Kern ihrer politischen Bestrebungen darstellt.

Der Vorschlag der FARC enthält sowohl interessante als auch besorgniserregende Aspekte. Zusammengefasst schlägt sie vor:

1. Die Anerkennung, dass sie bestimmte Gebiete historisch dominiert und dort auch gesellschaftliche Unterstützung erhält.
2. Dass diese Gebiete Zonen darstellen sollen, in denen die Niederlegung der Waffen und die Entschädigung der Opfer modellhaft durchgeführt werden sollen wie auch die Anwendung der Sanktionen, die von der Übergangsjustiz verhängt werden.
3. Dass in diesen Zonen sowohl frühere Kämpfer mit ihren Familien und Opfer, wie auch Exmilitärs und frühere Paramilitärs leben dürfen und gemeinsam ein selbstorganisiertes Projekt nachhaltiger Entwicklung durchführen sollen. Durch Bürgerversammlungen soll eine aktive Beteiligung der Bevölkerung ermöglicht werden.
4. Diese Gebiete sollen von der Verfassung garantierte besondere Gebiete sein, die vorübergehend existieren sollen.
5. Die Gebiete sollen international unterstützt und kontrolliert werden.

Die Regierung wusste von Beginn an, dass der Unterschied zu früheren Friedensprozessen mit M19, EPL oder AUC darin bestehen würde, dass Wiedereingliederung für die FARC nicht bedeuten konnte,

den Kämpfern ein Taxi in Bogotá oder ein Landwirtschaftsprojekt im Chocó anzudienen. Das Herzstück eines Abkommens mit dieser Guerrilla ist die territoriale Dominanz, denn es ist eine Gruppierung, die seit mehr als 50 Jahren existiert, und die seit mehreren Generationen in einigen entlegenen Regionen des Landes stark verwurzelt ist, wo der Staat praktisch nie präsent war, wie im Süden Tolimas, in Sumapaz oder den Llanos del Yará.

Die FARC war nie nur eine bewaffnete Gruppe, sondern hat als politische Untergrundpartei agiert und ein eigenes Modell der ländlichen Regierungsführung in Gang gebracht – trotz militärischer Präsenz. Die Realität ist, dass sie in vielen Territorien Justiz und Polizei ersetzt hat, wenngleich auf drakonische Weise, und ebenfalls die wirtschaftlichen Aktivitäten regelt, seien sie legal oder illegal.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass im Rahmen von Verhandlungen, die dazu dienen, die FARC in eine politische Bewegung zu verwandeln, sie alle diese Faktoren ins Spiel bringt.

Ein weiterer Aspekt von Terrepaz besteht darin, dass ein Schwerpunkt auf der Versöhnung liegt und mehrere andere Probleme gelöst werden sollen. Die Räume könnten in der Tat dazu dienen, den Waffenstillstand umzusetzen und zu überwachen, die Entschädigung der Opfer voranzutreiben und die Vereinbarungen über die ländlichen Räume zu realisieren. Dadurch könnten in der Summe diese Zonen sicherer für die früheren Kämpfer sein, die fürchten, ermordet zu werden, sobald sie die Waffen niederlegen.

Interessant ist auch, dass private Investitionen nicht ausgeschlossen werden, sondern im Gegenteil Steuerermäßigungen für jene in Aussicht gestellt werden, die dort investieren. Das ist eine Idee, die die Guerrillachefs in einem vertraulichen Treffen mit Unternehmern äußerten, das vor einem Monat in Havanna stattfand und die die Unternehmer nicht schlecht fanden.

Die FARC stellt sich diese Gebiete vor als Orte der Selbsthilfe und der direkten Demokratie, als Orte, wo sie ihre Ideen einer besseren Gesellschaft ins Spiel bringen kann.

Die Terrepaz sind nicht als Dauerlösung gedacht wie etwa die Reservate der Indigenen, sondern als vorübergehend für die Dauer der Nachkonfliktzeit. Die internationale Verifizierung soll durch Unasur und Celac (Lateinamerikanische supranationale Organisationen=A.d.Ü.) erfolgen. Iván Márquez erklärte außerdem nach der harten Antwort von General Mora, in diesen Gebieten solle „die Funktion der Polizei Vorrang haben“ und man habe keine Absicht „das Land zu teilen oder unregierbare Gebiete zu schaffen“.

Aber der Vorschlag, solche speziellen Gebiete des Friedens zu schaffen, weckt auch ernste Zweifel. Die erboste Reaktion General Moras erklärt sich auch daraus, dass die FARC in diesen Tagen davon spricht, diese Regionen zu entmilitarisieren und die Sicherheitsdoktrin zu ändern. Das könnte ohne Zweifel eine Folge auf lange Sicht sein, falls der Frieden hält, aber die Regierung ist nicht bereit, dies jetzt in den Verhandlungen zu diskutieren bzw. es zum Verhandlungspunkt zu machen. Das staatliche Gewaltmonopol steht nicht zur Diskussion. Verteidigungsminister Luis Carlos Villegas warnte bereits, dass die Streitkräfte ihre Präsenz in diesen Regionen nicht nur nicht reduzieren würden, sondern auch die Garanten der Sicherheit in der Nachkonfliktzeit wären.

Die Sicherheit ist eines der komplexesten Themen, denen man sich am Verhandlungstisch zuwenden muss, sobald das Kapitel der Opfer abgeschlossen sein wird und bei dem die Positionen beider Seiten noch weit auseinander liegen. Immerhin hat man bereits einige salomonische Formeln ventiliert, um dieses Dilemma anzugehen. So hat Präsident Santos vor einem Jahr bezogen auf den Nachkonflikt die Idee geäußert, Frankreich um Unterstützung bei der Gründung einer Ländlichen Polizei, ähnlich der dortigen Gendarmerie zu bitten, in die auch frühere Mitglieder der Guerrilla aufgenommen werden könnten. Zum anderen arbeitet die Stiftung „Ideen für den Frieden“, welche die Regierung berät, an

der Idee einer zeitweiligen Stabilisierungstruppe, die Militärs, Polizisten und frühere Guerrilleros einbeziehen soll und die in Regionen operieren soll, die in der Nachkonfliktzeit als besonders kritisch angesehen werden.

Ein weiterer Zweifel, den der Vorschlag der FARC auslöst, hängt zusammen mit der Demokratie in diesen Territorien. Die Chefs der Guerrilla sind bestrebt, Macht und Einfluss in diesen Regionen zu behalten, um ihr politisches Projekt am Leben zu halten. Aber dieser Einfluss stützt sich auf die Gewehre, auf Angst und Einschüchterung. Viele Leute aus den Regionen, die die FARC als ihr historisches Eigentum betrachtet, sind in Wirklichkeit Gegner der FARC, haben das aber nicht zum Ausdruck gebracht aus Furcht, getötet zu werden. Das ist z.B. der Fall in San Vicente de Caguán, wo bei den jüngsten Kommunalwahlen das Demokratische Zentrum siegte, die klassische Anti-FARC-Partei. „Die Frage ist doch nicht, wie sich in diesen Gebieten das Verhältnis einiger FARC-Leute ohne Waffen zu ihrer Basis gestalten könnte, sondern zu den Gruppierungen, die nicht auf ihrer Linie sind“, führt Gonzalo Murillo aus, ehemaliger Direktor des Netzwerks der Entwicklungs- und Friedensprogramme.

Gleiches gilt für die Justiz und andere bestehende Institutionen. Im Dokument der FARC wird nicht klar, wie diese sich in den speziellen Territorien, wo Bürgerversammlungen und andere Formen der Beteiligung und Selbstverwaltung Entscheidungen treffen sollen, darstellen können. Wie wird geregelt, dass Bürgermeister oder Richter nicht lediglich geladene Gäste bei Übungen in direkter Demokratie sein werden?

Seitens der Regierung spricht man seit mindestens zwei Jahren von der Schaffung territorialen Friedens, einem von Terrepaz abweichenden Konzept, nach dem man in den betreffenden Regionen große Projekte für Entwicklung und Demokratie einleiten will, an denen alle sozialen Akteure mitwirken sollen, einschließlich entwaffneter Guerrilleros. Zu dieser Frage sagte der Friedenskommissar, es gehe um Integration des Landes und nicht um seine weitere Fragmentierung.

Wichtig am Vorschlag der FARC ist jedenfalls, dass im Land begonnen werden muss, die wahren Themen der Nachkonfliktzeit gründlich zu diskutieren und zwar jenseits der Frage, ob genügend Ressourcen verfügbar sind und wieviel das kosten wird. Also darüber, wo, wie und von wem das Konzept umgesetzt werden soll und welche Implikationen das für Leute haben wird, die aus dem Krieg kommen oder die ihn aus der Zivilgesellschaft heraus unterstützt haben.